

Spangenberg Zeitung.

Wochenzeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preis pro Exemplar 10 Pf.



Telegr. Adr.: Spang.

Anzeigen werden die sechste Spalte am hohen (mittl.) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entfällt der Rabatt. Kleinanzeigen pro Zeile 10 Pf. Bei längerer Dauer des Abkommens und bei sonstigen Umständen wird der Preis ermäßigt. Anzeigen werden nur für die ersten 14 Tage des Monats angenommen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771.

Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.

Nr. 129

Donnerstag, den 27. Oktober 1932

25. Jahrgang.

Die Folgen des Leipziger Spruchs

Das Doppelregiment in Preußen — Erklärung des Kabinetts Braun-Severing
Abwartende Haltung des Reiches

zwang zum Handeln

— Berlin, 27. Oktober.

Mit dem Urteilspruch des Staatsgerichtshofes, der mit der Verkündung förmlich Rechtskraft erlangt hat und gegen es eine Berufungsmöglichkeit nicht gibt, bestehen in Preußen von Rechts wegen zwei Regierungen. Und das ist auch dann ein unmöglicher Zustand, wenn verhindert wird, daß aus den Schwierigkeiten dieses Zustandes die Katastrophe eines Gegeneinanders

Das alte Preußenkabinet, das inzwischen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun einen Bericht seiner Vertreter in Leipzig entgegengenommen hat, betrachtet in über diese Sitzung ausgegebenen Mitteilung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als „maßgebende und zur Begründung der Lage geeignete Grundlage. Weithin respektvoll nach allem, was man darüber hört, auch der Reichskommission für die Reichsregierung die Entscheidung der höchsten deutschen Richter in verfassungsrechtlichen Streitigkeiten.

Man müßte also meinen, daß die klare Abgrenzung der Befugnisse des Reichskommissars und des Ministeriums Braun-Severing ohne Versuch möglich ist. Grundtatsache ist die Frage in Leipzig dahin entschieden worden, daß die Reichskommission für die Reichsregierung die Befugnisse der Reichskommission für die Reichsregierung überläßt, während die Wahrnehmung der staatlichen Angelegenheiten Preußens wieder in die Hände des Ministeriums zurückgelegt wird. Das bedeutet, daß Preußen auch weiterhin vom Reichskommissar oder seinem Stellvertreter verwaltet werden wird, wogegen die Verwaltung Preußens gegenüber dem Reich und im Reichsrat nur von der Regierung Braun ausgeübt werden kann.

In Konsequenz dieser Gewaltenteilung wird die Ernennung des Ministerialdirektors Landfried zum Reichskommissar in Preußen wieder rückgängig gemacht werden müssen. Als seine Nachfolger werden die früheren Bevollmächtigten Preußens, die Ministerialdirektoren Dr. Bredt und Dr. Badt, die inzwischen zur Disposition gestellt worden sind, wieder in den Reichsrat einziehen. In Verbindung damit ist die Frage zu lösen, ob Dr. Bredt und Dr. Badt gleichzeitig auch in ihre Ämter wieder eingesetzt werden müssen. An sich ist natürlich auch die Vertretung eines Landes durch einen nicht mehr im aktiven Dienst befindlichen Beamten möglich, wie ja auch dem Reichsrat schon mehrere solche Delegierte angehört haben.

Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß die preußische Frage unter dem Gesichtspunkt verfassungsgemäßer Ermächtigungen nicht für die Dauer gelöst werden kann. Wie die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in voller Öffentlichkeit gezeigt haben, gehen die Auffassungen der Staatsrechtslehrer über die Kompetenz auf der Grundlage des Artikels 48 der Reichsverfassung sehr weit auseinander. Und das ist durchaus nicht verwunderlich. Die Staatsrechtslehre ist ein Grundgesetz, dessen einzelne Artikel gemeinsam nur grundsätzliche Lösungen enthalten; für die praktische Anwendung bedarf es Ausführungsregeln, wie solche Gesetz auch für zahlreiche Bestimmungen der Reichsverfassung vorliegen. Nicht vorhanden ist dagegen ein Ausführungsgebot zum Artikel 48.

Es liegt auf der Hand, daß die Problematik des Artikels 48 in dem Augenblick klar in Erscheinung treten mußte, in dem dieser Artikel in verstärkter Weise zur Anwendung gelangte. Nur handelt es sich jetzt nicht mehr darum, das bisherige Verständnis rasch wieder gutzumachen, sondern es geht darum, inwieweit die Frage einer Gesamtreform der Verfassung zur Diskussion gestellt werden darf, inwieweit die weitestgehenden Auseinandersetzungen in diesem erweiterten Rahmen möglich sind. Es gilt, eine Lösung zu finden, die alle Fragen verfassungsrechtlicher Natur für lange Zeit von der Tagesordnung abhebt und so die gesamten Kräfte unseres staatlichen und öffentlichen Lebens für die sachliche Arbeit freisetzt.

Die Reichsregierung von Papen in seiner Rede in München ausgeführt hat, will die Reichsregierung die Frage der Verfassungsreform so beschleunigen, daß der neue Reichsrat das Ergebnis dieser Arbeiten in Gestalt von fertigen Vorlagen vorfinden wird. Dem Vernehmen nach bedeutet diese Erklärung des Reichsreglers aber nicht, daß die Reichsregierung den neuen Reichstag folglich vor die Aufgabe der Verfassungsreform stellen will, vielmehr dürfte die Beratung der Verfassungsreform vom Reichstag erst im nächsten Jahr in Angriff genommen werden.

Wie sich die Überwindung des heutigen Wirrwarrs im Reichsgesetz gestalten wird, kann heute noch nicht gesagt werden. In politischen Kreisen wurde in den letzten Stunden

auch mehrfach die Möglichkeit einer Einschaltung des Preußischen Landtags erörtert, doch ist es bisher zu einer neuen Fühlungnahme der Parteien noch nicht gekommen, wie eine solche Fühlungnahme übrigens auch schon dadurch erschwert ist, daß gegenwärtig die Führer aller Parteien und Fraktionen durch den Wahlkampf in Anspruch genommen und größtenteils fern von Berlin sind.

Wenn die Gewaltenteilung, wie sie mit der Entscheidung des Reichsgerichtshofes in Preußen vorgenommen worden ist, auch nur als eine vorübergehende Maßnahme gedacht ist, so ist sie doch selbst unter dieser Begrenzung, wie bereits eingangs betont, reich an Unklarheiten, aus denen sich neue Komplikationen ergeben können. Auch im Hinblick auf die Beamtenschaft des preußischen Staates ist die zunächst noch vorhandene Unklarheit alles andere als erfreulich. Um hier jeden inneren Zweifel auszuschalten, hat sich der Reichskommissionar entschlossen, durch besonderen Erlass die Gehorsamspflicht der Beamten gegenüber dem Reichskommissar als dem Inhaber der vollen Befugnisse des Reichs ausdrücklich klarzustellen.

Die Aufgabe des Reiches und Preußens im gegenwärtigen Augenblick ist also eine zweifache. Einmal gilt es die Tragweite der Gewaltenteilung zu klären und die Gefahr der Gegenläufigkeit zu bannen, zum andern muß eine konstruktive Lösung gefunden werden, die die preußische Frage aus dem Stadium der Zwischenregelung herausführt.

Der Standpunkt Preußens

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes — die Grundlage für das Preußenkabinet. — „Möglichst reibungslose Zusammenarbeit mit den anderen verantwortlichen Stellen.“

— Berlin, 27. Oktober.

Das alte Preußenkabinet trat, wie beabsichtigt, am Mittwochvormittag im preußischen Wohlfahrtsministerium zu der vorgeschriebenen Sitzung zusammen, um zu dem Leipziger Prozeß Stellung zu nehmen. Ministerpräsident Braun und die übrigen Mitglieder des Kabinetts wurden beim Betreten des Ministeriums von einer Menschenansammlung mit Hochrufen begrüßt. Nach Abbruch der Sitzung hat das Büro der alten preußischen Staatsregierung folgende Erklärung abgegeben:

„Das preußische Staatsministerium trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. Braun zu einer Kabinettsitzung zusammen. Sämtliche Staatsminister waren anwesend. Die Vertreter Preußens in dem Leipziger Prozeß, die Ministerialdirektoren Dr. Bredt und Dr. Badt, erstatteten Bericht über die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof. Die durch die Entscheidung des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage wurde im einzelnen erörtert. Ministerpräsident Braun stellte als einheitliche Ansicht des Staatsministeriums fest, daß das Staatsministerium die Entscheidung des Staatsgerichtshofes als maßgebende und zur Entwerfung der Lage geeignete Grundlage betrachte. Das Staatsministerium hat danach nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Befugnisse auszuüben, die ihm nach der Entscheidung weiterhin zustehen. Die Staatsregierung wird diese Befugnisse im Sinne möglichst reibungsloser Zusammenarbeit mit den anderen verantwortlichen Stellen ausüben und sich dabei lediglich von den Interessen des Reiches und des Landes leiten lassen.“

Für den Spätnachmittag hatte Ministerpräsident Dr. Braun die gesamte Presse zu einer Konferenz in das Wohlfahrtsministerium geladen.

Das Reich wartet ab

Das Reichskabinet dürfte in der Angelegenheit des Leipziger Spruchs zunächst einmal eine abwartende Haltung einnehmen. Es wird jedenfalls keine Beschlüsse fassen, bevor nicht entscheidende Beschlüsse des alten preußischen Kabinetts vorliegen. Erst wenn diese Beschlüsse bekannt sind, wird die Reichsregierung beschließen, was weiter geschehen soll. Es ist daher auch vorläufig keine Sitzung des Reichskabinetts oder der kommissarischen preußischen Staatsregierung angelegt.

Die Folgen des Urteils

In Zusammenhang mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig ist die Frage erörtert worden, inwiefern der Reichspräsident als Vollstrecker des Leipziger Urteils verpflichtet ist, Teile der früheren Verordnungen aufzuheben. Hierzu wird aus Kreisen der kommissarischen Regierung bemerkt, daß die Verordnungen einwandfrei als rechtsgültig bezeichnet worden sei. Auch die übrigen Maßnahmen des Reichskommissars in Preußen ständen mit dem Urteil nicht in Widerspruch.

Rückgängig gemacht werden müsse lediglich die Ernennung des Ministerialdirektors Landfried zum Bevollmächtigten beim Reichsrat. Staatssekretär Nobis war hingegen bereits früher Bevollmächtigter beim Reichsrat, so daß er es auch künftig bleiben wird. Ebenso bleiben die Ministerialdirektoren Badt und Bredt Bevollmächtigte zum Reichsrat.

Englische Stimmen über Leipzig

Das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig wird in der englischen Presse im allgemeinen dahin ausgelegt, daß Widerspruch des Urteils in Deutschland führen könnte, die wie z. B. der „Daily Telegraph“ meint, nur durch eine neue Verordnung beseitigt werden könne. Die „Times“ sagt, das Urteil schaffe eine Lage, die zu manchen Verwicklungen führen und auf keinen Fall andauern könne. Das Urteil stehe in Widerspruch zu den Bestrebungen der Reichsregierung, den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen zu beseitigen, und mache das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen von drei vordringlichen Regierungen in Berlin möglich. Der „Daily Herald“ sagt, daß nunmehr zwei geheime Kabinette in Preußen bestünden, die wirkliche Macht jedoch in den Händen des Papens liege.

Wie wir zu den Blättern über geheime Koalitionsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum erfahren, sind solche Besprechungen nicht im Gange. Verhandlungen werden aller Voraussicht nach vor den Reichstagswahlen nicht stattfinden.

Ueberschüsse der Reichsanstalt

Weitgehende Finanzierung der Arbeitslosenhilfe, der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitsdienstes.

— Berlin, 27. Oktober.

Die allgemein mit großer Genugtuung aufgenommene Maßnahme der Reichsregierung, die Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung für verheiratete Unterhaltungsbeschäftigte der unteren Lohnklassen während des Winters zu erhöhen, ist nur dadurch ermöglicht worden, daß die 70 Millionen Reichsmark aus den Erparnissen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung genommen worden sind. Diese Tatsache hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Finanzlage der Reichsanstalt gelenkt.

Die Einnahmen der Reichsanstalt bestehen bekanntlich aus den Beiträgen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Trotz Rückgangs der Beitragssätze und der Löhne kann man für das ganze Haushaltsjahr mit einem

Beitragsaufkommen von mehr als einer Milliarde RM zweifellos rechnen. Da die Zahl der Unterstützten infolge der langen Dauer der Krise stark gestiegen ist und die Höhe der Unterstützung auf das Zweifache herabgesetzt ist, war die finanzielle Anspannung der Reichsanstalt auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wesentlich erleichtert. Die Reichsregierung war also berechtigt, die Ueberschüsse der Reichsanstalt in Rechnung zu stellen.

Allerdings sind die finanziellen Aufwendungen der Reichsanstalt nicht nur auf die Unterstützungen beschränkt. Abgesehen von der Arbeitsvermittlung, die alle Arbeitslosen, insbesondere auch die Wohlfahrtsbeschäftigten und Nichtunterstützten erfasst, liegt der Reichsanstalt auch die Unterstützung von gegenwärtig 34 Millionen Kurzarbeitern ob. Sie ist weiter im starken Umfange bei der Finanzierung der Notstandsarbeiten und des freiwilligen Arbeitsdienstes mit seinen gegenwärtig etwa 200 000 Dienstwilligen beteiligt. Die beruflichen Bildungsmaßnahmen der Reichsanstalt für jugendliche Arbeitslose, die im Vorjahre 330 000 jugendliche Arbeitslose erfassten und in diesem Winter verstärkt einlegen müssen, werden weitere Mittel binden.

Endlich bildet ihre Mithilfe bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung einen wesentlichen Faktor. Während das Reich bei der Arbeitsbeschaffung Kreditmöglichkeiten eröffnet, greift die Reichsanstalt mit verlorenen Zuschüssen aus ihren Mitteln ein — Zuschüssen, die das Zustandekommen der Arbeiten meist überhaupt erst ermöglichen. Allein am ersten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das Darlehensmöglichkeiten im Betrage von 135 Millionen RM eröffnete, war die Reichsanstalt mit etwa 20 Millionen verlorenen Zuschüssen beteiligt. Bei dem zweiten Plan von 206 Millionen RM wird ihre Beteiligung entsprechend höher sein. Trotzdem war es der Reichsanstalt möglich, dem Reich seit 1. April 1932 aus ihren Ueberschüssen noch einen Betrag von rund 160 Millionen RM zur Verfügung zu stellen.

Dadurch hat die Reichsanstalt dem Reich die Sorge der Beschaffung der Reichsmittel für die Arlenfürsorge und den freiwilligen Arbeitsdienst zu einem großen Teil abgenommen und dem Reich die Beschaffung des Geldes erleichtert, die es den Gemeinden für ihre Wohlfahrtsarbeiten zur Verfügung stellt. Ebenso glaubt die Reichsanstalt, nachdem der Einzug der neuen Abgabe zur Arbeitslosenhilfe durch die Dienststellen der Reichsanstalt im ersten Halbjahr in geordnete Bahnen geführt ist, aus diesem Aufkommen dem Reich für die Restfinanzierung der Arlenfürsorge im Winterhalbjahr rund 240 Millionen RM zuzuführen zu können.

Landwirtschaftsführer bei Hindenburg

Berlin, 27. Oktober.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Vorsitzenden des Schlesischen Landbundes, Altgerichtsbesitzer von Hoh-Wang, und den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Niederschlesien, Schneider, zu einem Vortrag über die Lage der schlesischen Landwirtschaft.

Ferner empfing der Reichspräsident den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Freiherrn von Lünin, der ihm über die landwirtschaftliche Lage in den westdeutschen bayerischen Bezirken Vortrag hielt.

Der Urteilspruch

Leipzig, 26. Oktober.

Unter stärkstem Andrang verhandelte der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Verfassungsfrage wegen der Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, wie sie durch Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli erfolgt ist, das Urteil. Der Sitzungsraum war bis auf den letzten Platz besetzt. Verlesen wurde das Urteil durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Dr. Bumke, der zugleich den Vorsitz des Staatsgerichtshofs führt. Der Urteilspruch lautet:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preussische Minister vorübergehend Amtsbesugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen. Soweit den Urträgen hiernach nicht entgegensteht, werden sie zurückgewiesen.“

Die Begründung

Anschließend gab Präsident Dr. Bumke die Urteilsbegründung bekannt. Darin heißt es:

Wichtig für den Staatsgerichtshof ist die Frage, ob durch die Verordnung des Reichskommissars die Ermächtigung erteilt werden soll, preussische Staatsminister endgültig ihres Amtes zu entheben. Die Prüfung des Staatsgerichtshofes mußte sich auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist. Von der so gewonnenen Grundlage aus war zunächst darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in Absatz 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung ihre Stütze findet. Dies hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Behauptung, mit der das Reich die Vorwürfe der Nichterfüllung von Pflichten begründet, betrifft zu einem Teil Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern des Landes Preußen, sondern von untergeordneten Beamten vorgenommen wurden. In diesen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht begründet werden.

Ein weiterer Vorwurf geht dahin, daß der preussische Minister des Innern die Maßnahmen der Reichsregierung in einer dem Reich widersprechenden Weise beauftragt habe. Es muß zugegeben werden, daß zu Zeiten höchster politischer Spannung in besonderen Angriffen von Ministern eines Landes gegen das Reich die Verletzung einer Treupflicht gefunden werden kann. Die Verletzung einer Treupflicht aber, daß sie die Grenze des Gebotenen nicht derartig überschreitet, hat, daß eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reich erlitten werden kann.

Keine Verletzung der Treupflicht

Hiernach bleibt zur Stütze der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reich aufs stärkste betonte Ausführung, daß die preussische Regierung es an dem nötigen Nachdruck bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen.

Es ergibt sich aber für keinen dieser Vorwürfe eine genügende Stütze. Insbesondere bietet die vom Reich aufgebrachte Annahme von Beamten der preussischen Verwaltung keinen Anhalt für die Angaben, daß es Seerating lastschuldig an der nötigen Loyalität gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen. Es ist nicht dargelegt, daß eine Pflichtverletzung eingetreten ist dadurch, daß der Minister des Innern in Preußen bei Entscheidungen in innerer Unfreiheit und Schwäche gegenüber den Kommunisten gehandelt habe. Auf Artikel 48 Absatz 1 der Reichsverfassung kann die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden.

Der Absatz 2 des Artikels 48 gewährt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß im Deutschen Reich die öffentliche Ordnung und Ruhe erheblich gefährdet sind, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit getroffenen werden können, die er für nötig hält. Es ist offensichtlich, daß die Verordnung in einer Zeit schwerster Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen

wurden ist. Es standen große politische Parteien einander befeindlich in erbitterter Feindschaft gegenüber. Feindschaften entluden sich fast täglich und endeten blutig. Sie forderten zahlreiche Menschenleben als Opfer von Leiden.

Die Voraussetzungen für ein Eingreifen auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 waren daher ohne weiteres gegeben. Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es Recht und Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit den übrigen Bestimmungen der Reichsverfassung vereinbar sind.

Der Reichspräsident konnte nach pflichtgemäßem Ermessen zu der Auffassung gelangen, daß es geboten sei, nicht nur die polizeilichen Machtmittel des Reiches und Preußens in eine Hand zusammenzufassen, um die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu leiten. Hieran würde nichts ändern können, wenn die preussische Behauptung zuträfe, daß die herrschende Gefahr mindestens zum Teil auf eigene innenpolitische Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen sei.

Von dieser Grundauffassung aus erledigt sich die Einwendung Preußens, daß die Verordnung vom 20. Juli einen Ermessensmißbrauch oder eine Ermessensüberschreitung enthalte.

Der Reichspräsident wäre in dem Bestreben, sämtliche Machtmittel des Reiches und des größten deutschen Landes in eine Hand zusammenzufassen, durchaus befaßt gewesen, auch die Ministerialbefugnisse zu erteilen, deren Aufgaben nicht unmittelbar auf dem Gebiet der allgemeinen Politik oder der Aufrechterhaltung der Ordnung lagen.

Die Befugnisse des Reichskommissars

Die Frage aber, ob heißt es in der Begründung dann weiter, ob der Reichskommissar bei seinen Maßnahmen gegenüber den anderen preussischen Ministern sich im Rechte befand, hat der Staatsgerichtshof nicht zu prüfen. Der Reichskommissar war befugt, von der auf Grund der Reichsverfassung erteilten Ermächtigung nach eigenem Ermessen Gebrauch zu machen. Er hat sich in dieser Richtung nur dem Reichspräsidenten gegenüber zu verantworten.

Der Inhalt der Verordnung ist aber nicht vereinbar mit der Verfassung, soweit die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen hat. Dazu gehören die Bestimmungen über die Abgrenzung der Länder, über den Aufbau des Reiches und über die Zuständigkeit der Länder.

Zunächst handelt es sich um Artikel 17 der Reichsverfassung, nach dem jedes deutsche Land eine freilassende Vertretung haben muß, die sich auf die Vollvertretung ausüben und durch die für jedes Land eine aus dem Reich selbst vorgegangene Landesregierung vorgebildet ist. An ihre Stelle kann auch vorübergehend ein anderes Organ gesetzt werden.

Dann kommt Artikel 63 der Reichsverfassung, nach dem die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden. Diese Vorschrift bestimmt den Einfluß der Länder auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches.

Diese Vorschriften ist für die Länder von höchster Bedeutung. Diese Vertretung auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 übertragen, bedeuten eine wesentliche Reichsbeschränkung der Stellung des Landes. Hiernach geht es nicht an, den Reichskommissar als Mitglied und seine Kommissare als Mitglieder des Reichsrats zu bestellen und die verfassungsmäßige Vertretung der Länder im Reichsrat zu entziehen.

Der Landesregierung müssen die Befugnisse erhalten bleiben, die sie aus Gründen der Selbstständigkeit des Landes und zur Stellung des Landes gegenüber dem Reich unerlässlich braucht.

Es muß also die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ eines Landes bestehen bleiben und die verfassungsmäßigen Vertreter im Reichsrat, Reichstag u. a. gegenüber den anderen Ländern müssen bestehen werden.

Der Staatsgerichtshof verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Verordnung unter dieser Befristung ergeben, aber die Schwierigkeiten müssen eben durch beiderseitigen guten Willen überwunden werden. Dieses Bedenken kann auch nicht bewirken, daß die verfassungsmäßigen Garantien der Länder beilegeigend würden eines der wichtigsten Organe Preußens lahmgelegt. Ein Übertragen der preussischen Stimmen auf den Reichskommissar, also auf das Reich selbst, würde auch die Stellung der übrigen Länder gegenüber dem Reich auf das erheblichste beeinträchtigen.

Im übrigen liegt es beim preussischen Landtag, durch Bildung einer neuen Regierung dem jetzigen Zustand schnellstens eine Ende zu machen. Dem Reichskommissar stand dagegen unbedingt das Recht zu, Beamte in den einflussreichen Ruhestand zu ziehen, Beamte zu ernennen, zu befördern oder sie zu entlassen. Die Ermächtigung des Reichskommissars zur Ausübung solcher Befugnisse liegt in der dem Reichspräsidenten durch Artikel 48 Absatz 2 gewährten Zuständigkeit.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß die Verordnung vom 20. Juli 1932 insoweit mit der Reichsverfassung vereinbar ist, als sie die ministeriellen Befugnisse in Preußen aus dem Kreis der Landesgeschäfte herausstrenkt und dem Reichskommissar überträgt, daß von dieser Übertragung aber die Vertretung im Reichstag und im Reichsrat sowie die sonstige Vertretung des Landes gegenüber dem Reich und anderen Ländern und die Befugnisse gegenüber dem Landtag und Staatsrat ausgenommen werden müssen.

Um die Einfuhrbeschränkung

Keine Preisgabe der autonomen Konfingierung.

Berlin, 27. Oktober.

Entgegen anderslautenden Meldungen wird von zuständiger Seite erklärt, daß sich an der Haltung der Reichsregierung in der Konfingierungsfrage, wie sie der Reichsernährungsminister in seiner Münchener Rede im Einklang mit dem gesamten Reichsministerium festgelegt hat, nichts geändert hat.

Besonders wird noch auf die Erklärung des Reichsernährungsministers vor den Vertretern des Gartenbaues verwiesen, daß die autonome Konfingierung unter allen Umständen durchgeführt würde.

Die Zwischenberichte der Ministerialkommission haben keinen Anlaß zu einer Änderung der Haltung des Reichsernährungsministers und des Reichsministeriums gegeben.

WOLFGANG MARKEN:

KARL der kleine

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

1.

„Also, was hast du auf dem Herzen, Gretel?“
Frau Grete wird unter dem forschenden Blick des Gatten rot wie ein junges Mädchen.

Achtzehn Jahre ist sie schon mit Karl von Große, dem jetzigen Chef der Firma Bolle & Co., verheiratet und ist mit ihren neununddreißig Jahren immer noch eine reizende Frau. Sie hat ihrem Gatten einen Sohn und eine Tochter geschenkt.

Karl den Kleinen, so nennt man den Sohn. Großpapa August Bolle hat den Spitznamen aufgebracht. Die Tochter heißt Luise. Karl ist siebzehn Jahre alt, Luise ein sechzehnjähriger Badfisch.

„Es handelt sich um unseren Jungen, Karl!“ antwortete Frau Grete.

„So, so, um unseren Jungen, der scheint dir recht viel Sorge zu machen.“

„Ja, lieber Mann ... viel Sorge!“

„Aber unnütze Sorge, Gretel!“

„Das darfst du nicht sagen, Karl. Mütter sorgen sich mehr um ihre Kinder, und sie müssen das auch tun.“

„Und doch sage ich, überflüssige Sorge, Gretel! Unser Junge wird bald achtzehn Jahre. Hochgewachsen, ein Kerl wie ich in der Figur, wirkt er schon reifer, man könnte ihn beim städtischen Betrachter auf dreiundzwanzig schätzen. Aber man muß ihm in die Augen schauen, um zu sehen, wie jung er ist ... und wie laub. Hörst du, Gretel, wie laub! Das ist's, was mich immer mit Holzer Freude erfüllt, und darum habe ich ihm alle Freiheit gelassen. Jedes Blut braucht Freiheit.“

„Aber nicht zu viel! Karlechen besucht die Unterprima, er ist noch Schüler, gibt sich aber wie ein Erwachsener. Er ist so selbständig, daß man fast erschrickt. In der letzten Woche ist er zweimal gegen ein Uhr nachts nach Hause gekommen.“

„Aber du weißt doch, daß er sich mit seinem alten Freunde, dem Kapitän Stiepel, getroffen hat. Karl berichtet ja alles offen.“

„Ja, das wohl. Aber, man muß doch achthaben. Er ist in den Entwicklungsjahren.“

Große steht seine Frau lächelnd an.

„Unsere Kinder sind immer, was wir sind. Sie werden letzten Endes so sein, wie wir sind. Ich denke immer, er wird so gut und sicher mit dem Leben fertig werden, wie du und ich es wurden. Entwicklungsjahre ... gewiß, die können Gefahren bergen. Aber wir Erwachsenen vergessen immer, daß jeder junge Mensch damit selber fertig werden muß, wenn er ein fertiger Mensch werden soll. Wir können ihn und wieder nur ein wenig beraten. Was in der jungen Seele gärt und schäumt, das soll zum edlen Wein werden, milchen wir Erwachsenen da uns hinein, dann wird's ein trüber Saft, der zu nichts taugt. Gretel, laß den Jungen. Vertraue mir und ihm!“

Es flopf.

Vater Schrippe, das Statuotum des Hauses, der treue Freund und Diener August Bolles, den Karl mit übernehmen hat, tritt ein. Er ist siebzehn Jahre, aber er scheint sich in den letzten fünfzehn Jahren fast nicht verändert zu haben. Munter und gutt blickt die Augen.

„Morjen, Herr Trose, ein Herr möchte Ihnen sprechen!“

„Wer ist's denn, Vater Schrippe?“

„Abraham Goldstein, so steht uff die Karte.“

„Was will er denn?“

„Oh ... der ist ne fomische Krute, Herr Große! Tut ganz jehelminsvoll.“

„Er will Ihnen alleine sprechen. Er sei unjehueuer wichtig.“

„Na, lassen Sie ihn mal rein, Vater Schrippe.“

„Ich geh einwillen ins Nebenzimmer. Karl!“ sagt Frau Grete und entfernt sich mit einem Kuß.

Schrippe verabschiedet, und nach wenigen Augenblicken tritt eine kleine Gestalt, mit peinlicher Eleganz gekleidet, das Büro Große muß lächeln, als er den Mann in Augenschein nimmt.

Er ist Jude, das würde man ihm auch auf hundert Meter ansehen. Blasse Augen sitzen in einem vollen, runden Gesicht, das haar ist glänzend schwarz, mit viel Pomade an den Schläfen gepoppt. Es ist etwas im Gesicht dieses Mannes, das unwiderstehlich zum Lachen reizt.

„Verzeihung! Habe ich die Ehre, mit Herrn von Große zu sprechen?“ beginnt Abraham Goldstein.

„Der bin ich! Nehmen Sie doch Platz!“

„Dant! Ich, dant! Ich!“ Der Jude sieht sich um. „Nobel haben Sie es hier, sehr nobel!“

„Was führt Sie zu mir, Herr Goldstein?“

„Ein ganz großes Geschäft, Herr von Große! Der Takt muß selber kommen, um abzuklären mit Ihnen, aber er ist frank. Die Gicht plagt ihn. Er ist achtzig Jahre.“

„Um wieviel handelt es sich?“

„Dreihunderttausend!“

„Hundert?“

„Hundert und Sterling ... ich wollte sagen ... auch Dollar!“

„Alles hochprozentige Devisen, Herr von Große!“

„Ich verstehe Sie nicht!“

„Se werden mir gleich verliehen, Herr Große! Se kennen doch das Fräulein, das gnädige Fräulein Baronin oder ... wie ich weiß die Titels nicht so genau, von Colenhouge?“

„Kenne ich nicht! Was ist mit ihr?“

„Oh ... Herr von Große haben den Namen vergessen. Wo doch der Herr von Große mit dem Fräulein in der roten Lampe?“

„Große wird die Sache immer rätselhafter. Aber er nimmt sie von der heiteren Seite.“

„So, also in der roten Lampe?“ habe ich mit Fräulein ... wie war der Name?“

„Colenhouge!“

... mit Fräulein Colenhouge dreimal getanzt. Was weiter?“

„Das Fräulein hat sich in Sie verliebt!“

... in mich verliebt?“

„Jawohl ... talend ... ungeheuer ... Sie kann ichselben keine Nacht mehr ... sie meint um Sie ...“

... ich finde, e guten Belcham hat die Dame ... e guten Belcham.“

„Schmeichelt, Herr Goldstein, aber ich weiß wirklich noch nicht ...“

„Se sollen gleich alles erfahren! Das Fräulein ist sehr reich, und se läßt mit all ihrem Reichtum durch mich bitten, um Ihre geehrte Hand. Sieben Millionen Goldmark schwer ist sie!“

Große verbeißt ein Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Spangenberg, den 27. Oktober 1932.

Die Anschlagsäule

Der Abends kommt ein Mann mit einem Handwagen auf dem Rade gefahren, hält an der Anschlagsäule still und nimmt von seinem Gefährt Sessel, Kleintisch, Tisch, eine die Kapselrolle herunter, geht damit die paar Schritte zur Säule und hängt nun an sie von oben bis unten herunter. Lieber die Anpreisung eines neuen Kaffees, lieber die Aufforderung, lieber die Ankündigung des Ausverkaufs des großen Sängers, der vielleicht eben vor den überfüllten Bewohnern der Stadt sein Bestes gibt, lieber die Werbung für eine neue Margarine oder eine neue Karie, und dorthin, wo Emil aufgeföhrt wird, wird aufgeführt, nachdem ihm alles vorgelesen ist, kommt der Handwagen von tausend Mark für diejenigen, die zur Verlobung eines großen Eintrucks beitragen könnten.

So ändert die Säule ihr Gesicht — und ändert es doch nie, weil sie ihr Gesicht — und behält doch am Ende das gleiche. Denn wenn dies oder jenes neue Plakat morgen den einen persönlich anspricht und seine Aufmerksamkeit erregen wird, dem Auge des anderen bleibt sie die Säule, die alle, die sich in dem vergnügen oder oft auch recht sinnlichen Nebeneinander ihrer bunten Farben, in der unermesslichen Menge der unterschiedlichsten Darstellungen und Anpreisungen heute wie gestern präsentiert. Und der nächste Tag kommt und geht. Manchmal sieht man den nächsten und wieder den anderen Tag genau so aus wie den ersten, nur daß die Sonne vielleicht die gleiche Farbe ein wenig bläuer hat werden lassen und vor dem Tag, daß der Reiz der Neuheit aller der Anpreisungen vorüber ist, und damit das Interesse dahin ist. Aber manchmal geht es auch, kaum daß die neuen Plakate eben angeheftet worden, daß der Regen darüber hinget und Farbe und Schrift auswäscht, daß sie an den Rändern durcheinander gehen oder daß das grelle Plakat von gestern unter dem Regen von heute, das darübergeflutet wurde, hindurchscheitert. Und wenn das papierne Gewand der Säule so recht hübsch zerfleddert ist, daß von der eigenen Schwere sich eine Last abhebt, der Wind darüber hinget und daran reißt und dann ist die Schönheit und Ansehlichkeit der Säule dahin, ehe noch der Tag heraufgekommen ist.

*** Bejagt rechtzeitig Wahlweise für die Reichstagswahl.** Wer sich am 6. November außerhalb seines Wohnortes aufhält, lasse sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde des Wohnortes einen Wahlchein ausstellen. Besonders wichtig ist die Bejagung von Wahlcheinen für Seeleute, die die Bejagung der Binnenfahrzeuge, für Angehörige der Reichspost, wie aller Verkehrsunternehmen. Auf Grund des Wahlcheines kann in jedem beliebigen Wahlbezirk des Deutschen Reichs abgestimmt werden. Der Wahlchein ermöglicht auch die Stimmabgabe im Reiseverkehr auf den größeren Durchgangsbahnhöfen sowie an Bord der für die Abstimmung in Betracht kommenden Seeschiffe.

*** Aus alter Zeit.** Aus dem alten Friedhof in Haffel auf dem die Lutherische steht, befindet sich ein Grab mit Gedenkstein und folgender verwitterten Inschrift:

„Ein Naturfreund, treu und gut
War der Erde, der hier ruht
Ohne viel zu klagen.
Wer noch schätzt den hohen Wert
Alter deutschen Tugend ehrt
Wird sein Grab bekränzen.“

J. Wildungen.

Geo. Ludw. Schröder aus Spangenberg
gest. 8. Febr. 1911.

Bemerkung von seinen Geschwistern und einem Freund.
Hotel Heinz war früher allgemein unter dem Namen „Schröders Garten“ bekannt. An den feineren Türschloß des westlichen Eingangs sind noch die Initialen der Familie Schröder zu erkennen.

*** Herbststürme** brausen wieder über die Lande, pfeifen sie über die Felder, springen mit Geheul gleich Salons Geier über die Wälder, daß sich die Kronen biegen und das Bild verstört auflöst. Vor dem nachts sind diese Stürme gefährlich. Für den heimkehrenden Fußmann ist es eine Qual nur einen Kilometer weit mit seinem Wagen vorzubringen; aber auch die Landwirt, Voten, Hausierer und Wanderleute können in ein Verdröben von des Herbststürmes Gewalt und Tücke geraten! Immerhin kann dieser Zustand noch einem viel weiteren weichen. Im Winter nämlich, bei Glatteis und Schneeboden, wird eine solche Fahrt oder ein solcher Gang zu einer nahren Tortur. Wer, der gemächlich hin- und her geht, abt dann nichts von den Einsamen, die — wie leicht eine schwere Last auf dem Rücken — hungrig und frostdurchschauert einem schüßenden Mägd zustreben und mit spit und vollstündig ermattet und durchnäßt an Ort und Stelle anlangen. Gegen solche Leute gebietet es die Nächstenliebe, barmherzig und mildtätig zu sein und ihnen ein schüßendes Dach zu bieten, wenn sie darum bitten.

*** Rundfunk.** Nach einer neuen Mitteilung der Oberpostdirektion Leipzig wird der neue Großrundfunk Leipzig am 28. ds. Mts. in Betrieb genommen werden können, da die Aufbau- und Reparaturarbeiten fast beendet sind. Im gleichen Tage kann dann auch der neue Frankfurter Sender seinen Betrieb auf Welle 259,3 m aufnehmen.

*** Lobenstein.** Geradezu paradiesische Zustände in Bezug auf die Bürgersteuer herrschen in dem ca. 3000 Seelen zählenden Lobenstein. Dort besaß sich der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung auch mit der Bürgersteuer, nachdem das hiesige Kreisamt zu Schlegel geschrieben hatte, daß die Stadt unbedingt der Einführung näherzutreten habe. Bürgermeister Wende bemerkt, daß, wenn eine Stadt vor dem finanziellen Ruin stehe, sehr viel der Stadtrat, zu 60% aber der betreffende Bürgermeister Schuld trage. In vorausschauender Weise sei Lobenstein 1929 daran gegangen, seine Finanzverhältnisse zu klären, und wenn es auch nicht soig daß sie, so behauptet doch keinerlei Veranlassung, sich dem Zwange des

Kreisamtes zu fügen. Wenn das Kreisamt glaube, der Stadt die Bürgersteuer aufzuerlegen zu können, weil im Etat 6500 M. Reichsschulden eingelegt seien, so könne Lobenstein gern darauf verzichten, denn von der eingelegten Summe würde auf unseren Ort nur mehr als ein bescheidenes Stämmchen entfallen. Bürgermeister Wende empfahl, von der Erhebung einer Bürgersteuer Abstand zu nehmen. La keinerlei Veranlassung zur Einführung einer neuen Steuer vorliege. Die folgende Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung der Bürgersteuer.

Stunden köstlichen Humors

wollen wie unseren verehrten Lesern wieder einmal bieten. Deshalb wird unser nächster Roman ein lustiger, amüsant sein.

„Karl der Kleine“

heißt er; einen ganzen buntenden Strauß köstlicher Blüten enthält er und der bekante und beliebte

Wolfgang Marken

dieser feinsinnige Menschenkenner, in sein

Bürgerhaften genug dafür, daß unsere werten Abonnenten wieder etwas besonders Schönes, etwas, wonach sie sich — ungeachtet der trüben Gegenwart — wirklich erfreuen können, etwas für die Nachwelt bekommen.

Bereits in der vorliegenden Nummer finden Sie den Anfang; machen Sie, bitte, auch Ihre Freunde und Bekannten darauf aufmerksam, insofern sie noch nicht unsere Abonnenten sind.

Die Redaktion und der Verlag

Zur Bereitung
vorzüglicher
Fleischbrühe
nimmt man

MAGGI'S
Fleischbrüh-
Würfel

Aus Stadt und Land

*** Vertreter der Rano beim Reichspräsidenten.** Der Reichspräsident empfing als Vertreter der Reichsarbeitsnachweisorganisation für Reichswehr und Polizei den Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Landrat a. D. Karl Haniel-Diffeldorf und den Direktor Otto Romberg, dankte beiden Herren für das in der Unterbringungsarbeit Geleistete und gab der Erwartung Ausdruck, daß die Rano-Arbeit auch in Zukunft von allen Wirtschaftskreisen weiter gefördert werde.

*** Haftbefehl gegen Bankier Hinge.** Der Vernehmungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg erließ gegen den Bankier Hinge, den Ehegatten der Opernsängerin Gertrud Bindernagel, Haftbefehl wegen verurteilten Totschlags.

*** Prominente von Bühne und Film als Zeugen vor Gericht.** Vor der siebenten Strafkammer beim Landgericht II in Berlin begann ein Prozeß gegen den Grafen Westfried Colorado, der sich wegen unbefugter Stellenermittlung zu verantworten hat. Westfried Colorado hat eine Anzahl Prominenten von Bühne und Film Stellen vermittelt, wurde aber in erster Instanz freigesprochen, weil er behauptete, Manager der betreffenden Künstler gewesen zu sein. Zu diesem Prozeß sind u. a. Guido Thiellert, Theaterdirektor Salzenburg und Gitta Alpar geladen. Gitta Alpar war bei Beginn der Verhandlung nicht erschienen mit der Entschuldigung, daß ihr ärztlich verordnet sei, nicht vor 11 Uhr mittags aufzustehen. Das Gericht ordnete ihre spätere Vernehmung an, und sie erschien dann auch mittags vor Gericht.

*** Stendaler Frauenmord aufgefäht.** Zur Aufklärung der Leiche der seit längerer Zeit vermißten Frau Salat bei Brunnearbeiten ist zu melden, daß der Maurer Salat sich nunmehr der Polizei gestellt hat. Er gab zu, seine Frau ermordet zu haben.

*** Professor Schulze-Naumburg wieder Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst.** Professor Dr. Schulze-Naumburg wurde erneut in sein Amt als Direktor der Staatlichen Hochschule für Baukunst zu Weimar eingeweiht. Professor Schulze-Naumburg hatte bereits unter der Regierung Friedr. dieses Amtes einmal inne, ging jedoch nach dem Sturz Friedr. seines Amtes verlustig und ist nun durch die neue nationalsozialistische Regierung erneut zurückberufen worden.

*** Umfangreiche Arbeiter-Neueinstellungen in der Steinindustrie.** In der Granitsteinindustrie in Demitz ist eine wesentliche Verbesserung in der Beschäftigung eingetreten. So erhöhte die Sächsische Granit AG. vormals C. G. Kunath ihre Belegschaft von 400 auf 850 Mann, und die Firma Karl Spatmann & Co. von 200 auf 750 Mann. Zwei Drittel der Arbeiter sind Staatsaufträge.

*** Selbstmord des Kommerzienrats Hans de la Porte.** Der frühere technische Direktor der VEW, Kommerzienrat Hans de la Porte-Bagrebuth, hat, nachdem er am Vortage zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, sich in der Nacht in seiner Wohnung mit Gas vergiftet. Kommerzienrat de la Porte sollte im Verlaufe des heutigen Tages verhaftet werden.

*** Französische Grenzverletzung.** Nach Ermittlungen der Kreisverwaltung Trier-Land ist dieser Tage in der Nähe

von Henschenhaus ein französischer Militärflugzeug gelandet. Es handelt sich um ein Liebesflugzeug, das andernorts unbemerket war. — Das Flugzeug ist anfangs mit der Maschine eines französischen Industriellen verwechselt worden.

*** Die deutsche Architekturausstellung in Russland.** Die deutsche Architekturausstellung, die in Moskau 25 Tage geöffnet war, wird nunmehr nach Leningrad überführt und dort am 10. Januar eröffnet werden. Einen Monat später wird die Ausstellung dann nach Charkow verlegt. In Moskau wurde sie von ungefähr 20.000 Personen besucht.

*** Ausländer müssen in Russland mit Dollarknoten zahlen.** Die Regierung der Sowjetunion hat einen Erlass veröffentlicht, wonach sämtliche sowjetischen Läden und Geschäfte verpflichtet werden, beim Verkauf ihrer Waren an Ausländer keine russischen Taler, sondern Dollarknoten anzunehmen. Die Geschäfte dürfen ihre Waren nur gegen ausländische Werta, und zwar vor allem gegen Dollar, verkaufen. Diese Verordnung trifft nicht nur für sich vorübergehend aufhaltende Ausländer, sondern auch für Diplomaten und in Russland anständige Journalisten zu, desgleichen für Reisende.

*** Zunehmende Banditengefahr in Charkow.** Infolge der täglich zunehmenden Banditengefahr haben Tausende von Chinesen und Russen sowie viele englische Familien Charkow geräumt. Einmal täglich ereignen sich Überfälle, Entführungen und Brandanschläge durch chinesische Räuber, die sich am hellen Tage bis ins Innere der Stadt wagen.

Standpunkt der Regierung

Zum Leipziger Urteil wird von zuständiger Reichsstelle mitgeteilt:

„Durch dieses Urteil wird die Verordnung vom 20. Juli 1932 in vollem Umfang bestätigt. Das Urteil entspricht dem Standpunkt der Reichsregierung auch hinsichtlich der politischen und parlamentarischen Vertretung des Landes Preußen, die von der Reichsregierung stets als eine offene Frage behandelt worden ist. Weder hat der Reichsminister als Reichskommissar, noch haben seine Organe die Vertretung Preußens im Reichsrat oder im Reichstag für sich beansprucht oder im Landtag bzw. Staatsrat ausgeübt. Auch sind die Vertreter für Reichsrat und Staatsrat nicht vom Reichskommissar instruiert worden. Im übrigen bleiben die bisherigen Maßnahmen in vollem Umfang bestehen.“

Die Länder über Leipzig

In den Kreisen der bisherigen preussischen Staatsregierung sieht man in dem Leipziger Spruch im Gegensatz zu der Erklärung der Reichsregierung einen großen Erfolg der preussischen Staatsregierung und eine Bestätigung des Standpunktes, den sie immer eingenommen hat. Alle Konsequenzen, die sich aus dem Leipziger Spruch ergeben, würden gezogen werden. Die preussische Staatsregierung werde selbstverständlich darauf bestehen, die ihr durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zugesprochenen Rechte, die Vertretung im Reichstag und Reichsrat, den Ländern und dem Landtag gegenüber, sowie alles, was sich daraus ergebe, wahrzunehmen.

Auch in Bayern ist man von der Entscheidung des Leipziger Staatsgerichtshofes befriedigt. Bayern habe, soweit es sich um materielle Feststellungen handle, in allen wesentlichen Punkten recht bekommen. Ausdrücklich und ganz bestimmt sei in dem Urteil festgestellt worden, daß die Selbstständigkeit eines Landes durch Notverordnung nicht angetastet werden könne. Die verfassungsmäßigen Garantien der Länder dürften nicht beeinträchtigt werden.

Gehorsamspflicht der Beamten

Ein Erlass des Reichskommissars für Preußen.

— Berlin, 27. Oktober.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der mit der Wahrnehmung der Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten beauftragte Reichskommissar für das Land Preußen am 20. Oktober an alle preussischen Behörden folgenden Erlass gerichtet:

„Die Gehorsamspflicht der preussischen Beamten gegenüber dem durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und den von ihm bestellten Vertretern steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 26. Oktober 1932 fest.“

Die Zahnschmerzen sterben aus. Es ist eine irdige Ansicht, zu glauben, Zahnschmerzen könnten nicht verhütet werden. Dabei ist nichts leichter als das. Allerdings muß man seinen Zähnen nicht nur Leistungen zumuten, sondern sie auch pflegen. Wer deshalb seine Zähne von Zeit zu Zeit durch einen tüchtigen Zahnmann nachsehen läßt — auch dann, wenn keine Zahnschmerzen quälen! — regelmäßig täglich einmal — und zwar abends! — die Zähne gründlich mit der eigenen Zahnbürste und einer guten Zahnpasta putzt, wird nicht unter Zahnschmerzen zu leiden haben. Chlorodont ist die Zahnpasta von höchster Qualität und sparsam im Verbrauch.

Gebratene Kalbsherzen. [Für 4 Personen: 1½ Stunde]. Zutaten: 4 Herzen, ca. 750 Gr., Suppenwürstchen, Salz, Pfeffer, 2 Gläser Speisöl, 50 Gr. Reibbrot, 60 Gr. Butter oder Fett, 15 Tropfen Maggi's Würze, 1 Gläser geriebener Käse. Zubereitung: Die gut vorbereiteten Herzen werden in Wasser mit Suppenwürstchen und Salz weichgekocht und in der Kochbrühe zum Gellen gelassen. Darauf schneidet man sie in dicke Scheiben, salzt und pfeffert diese, bestreicht sie mit Öl und wendet sie in Reibbrot. In Butter oder Fett schnell auf beiden Seiten braun gebraten, sind sie eine vorzüglich schmeckende Beilage zu Gemüsesalaten. In den Bratenstand in der Pfanne gibt man 1 Würfel Maggi's Bratenöl, zerbricht die Masse fein, rührt mit ¼ Liter Wasser an, läßt einige Minuten durchkochen, gibt den geriebenen Käse hinein und übergießt damit die Fleischscheiben oder reicht die soße nebenher. — Die Kochbrühe der Herzen kann, mit 1—2 Maggi's Fleischbrühwürfeln verbessert, zu schmackhafter Suppe verbraucht werden.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität. Sparsam im Verbrauch. Jede 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Ertrag dafür zurück.

— Mallard, 27. October.

— Genf, 27. Oktober.

Die Dauer der Vorkonferenz

Lanton zieht sich zurück

— Berlin, den 26. Oktober 1932.

Devisenmarkt.

Warenmarkt.

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

100 Bund 3-10 marh. —————

bringt Gewinn